

Quelle: <https://lundi.am/Iran-genealogie-d-une-contre-revolution>

[Übersetzt mit DeepL von Dancing Bull]



Iran: Die Entstehungsgeschichte einer Konterrevolution

Wie kam es vom Slogan „Frau, Leben, Freiheit“ zum Krieg?

Somayeh Rostampour

erschieden in **lundimatin#517**, am **28. April 2026**

Während die ganze Welt ihr Augenmerk auf das geopolitische Duell zwischen Donald Trump und dem iranischen Regime richtet, ist über die Iraner selbst nur wenig bekannt oder wird darüber gesprochen. Somayeh Rostampour schlägt hier vor, gemeinsam über die blutige Unterdrückung der Volksaufstände durch die Revolutionsgarden, die erbärmlichen Versuche der Monarchisten, sich hinter dem Sohn Pahlavis ^[1] zu versammeln, und die von den USA und Israel geführte Militäroffensive nachzudenken. Drei unterschiedliche und gleichzeitige Fronten für ein und dieselbe Konterrevolution. Somayeh Rostampour ist die Autorin von „Femmes en armes, savoirs en révolte“ (Agone); wir hatten sie im vergangenen Januar zu einem „Lundisoir“ über den aktuellen Aufstand im Iran eingeladen.

[1] Für eine Gegengeschichte der iranischen Revolution verweisen wir auf diesen hervorragenden Text aus der „Bibliothèque des émeutes“, den wir 2022 aus unserem Archiv hervorgeholt hatten: [Offensive d'Iran](#).

«Im Jahr 2024 nimmt Donald Trump an Kundgebungen teil, bei denen Slogans wie ‚Seid unregierbar!‘ und ‚Massenabschiebungen jetzt!‘ gleichermaßen zu hören sind. Wenn die Faschisten unsere Erzfeinde sind, dann nicht nur, weil ihr Projekt das Gegenteil von unserem ist. Sie sind es, weil sie ein Projekt verteidigen, das sich revolutionär tarnt, sich aus den Impulsen und Emotionen der Volksaufstände nährt und gleichzeitig das letzte Mittel der Machtzentren ist. Putin, Meloni oder Le Pen nutzen wie so viele andere Faschisten das Gefühl der Frustration und Demütigung der Arbeiterklassen aus, die durch die jüngsten Veränderungen des Kapitals in prekäre Verhältnisse gedrängt wurden, um ihre systemfeindliche Haltung zu festigen und das System so besser verteidigen zu können. Sie geben vor, alles ändern zu wollen, damit sich nichts ändert. Heute radikalisieren sich die Reaktionäre, während die Progressiven in der Mäßigung versinken.»

– *Revolutionen unserer Zeit - Internationalistisches Manifest*, Die Völker wollen
[\[https://thepeopleswant.org/en/manifesto\]](https://thepeopleswant.org/en/manifesto)

Seit mehreren Jahren steht der Iran im Mittelpunkt des regionalen und internationalen Geschehens, am Schnittpunkt dreier eng miteinander verflochtener Entwicklungen: die wiederholten groß angelegten Volksaufstände gegen die Islamische Republik, die imperialistischen Umgestaltungen im Umbruch befindlichen Westasiens im Zusammenhang mit dem relativen Niedergang der US-Hegemonie und, in jüngerer Zeit, die beiden Kriege, die der iranischen Bevölkerung zwischen Juni 2025 und Februar 2026 aufgezwungen wurden. In Fortsetzung des Völkermords in Palästina und der massiven Zerstörungen im Libanon beteiligen sich die USA und Israel auch im Iran an der Verwüstung von Leben, Körpern, Territorien und lebenswichtiger Infrastruktur, wobei sie insbesondere Raffinerien, Strom-, Wasser- und Ölversorgungsanlagen sowie zivile Einrichtungen ins Visier nehmen. Der Wechsel innerhalb eines Monats vom Trump-Slogan, der versprach, „dem Iran seine Größe zurückzugeben“, zur Drohung, ihn „in die Steinzeit zurückzusetzen“, hat übrigens jegliche Unklarheit über die imperiale Logik dieses Krieges beseitigt.

Diese Formulierung ist übrigens keineswegs neu. Ihr stichhaltigstes Vorbild geht auf den Golfkrieg von 1991 gegen den Irak zurück: Die historisch belegte Bezeichnung lautet nicht „Steinzeit“, sondern „vorindustrielles Zeitalter“. Im Bericht der von Martti Ahtisaari geleiteten UN-Mission vom 20. März 1991 werden die dem Irak zugefügten Zerstörungen als „fast apokalyptische“ Auswirkungen auf seine Infrastruktur beschrieben, die das Land vorübergehend in ein „vorindustrielles Zeitalter“ zurückversetzt hätten. Noch vor dem Konflikt selbst wurde James Baker in seinem Gespräch vom 9. Januar 1991 mit Tarek Aziz eine Drohung ähnlicher Art zugeschrieben, die später in verschiedenen Berichten in Form einer erzwungenen Rückkehr in dieses „vorindustrielle Zeitalter“ aufgegriffen wurde. Erst später wurde diese Logik in der gängigen medialen und politischen Sprache in einen brutaleren Ausdruck umformuliert: „back to the Stone Age“. Die heute gegen den Iran gerichtete Drohung reiht sich somit in eine fest etablierte imperiale Tradition ein: die eines Krieges, der weniger auf die bloße militärische Niederlage des Gegners abzielt als vielmehr auf dessen historischen Rückschritt durch die systematische Zerstörung seiner lebenswichtigen Infrastrukturen.



[\[Den Aufstand im Iran verstehen – Chowra Makaremi | Kollektiv Roja | Parham Shahrjerdi\]](#)

Doch diese äußeren Gewalttaten treten in einem bereits tiefgreifend veränderten Kontext auf: Seit 2017 befindet sich der Iran in einer Phase anhaltender politischer Radikalisierung, die durch wiederholte Aufstände von unten gekennzeichnet ist, welche die Bedingungen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krise grundlegend neu definiert haben ^[2]. Mindestens fünf landesweite Revolten. Tausende kollektiver Aktionen jedes Jahr. Und nun ein politischer Horizont, der weit über jede reformistische Perspektive hinausgeht. Arbeitslosigkeit, Inflation, Armut, Ungleichheit, extreme Prekarität, fehlende Freiheiten, Zusammenbruch der Zukunftsperspektiven: All dies hat dazu beigetragen, das Land in einen Nährboden für Streiks, Aufstände und Massenproteste zu verwandeln. Die Arbeiterklasse, Studierende, Rentnerinnen und arbeitslose Jugendliche sind wiederholt auf die Straße gegangen. Vor allem die Jugend erstickt in einer Ordnung ohne Zukunft. Wenn die Arbeitslosigkeit bei fast 50 % liegt, 97 % der Arbeitnehmerinnen mit befristeten Verträgen von weniger als sechs Monaten arbeiten, Rentner*innen und Angestellte im öffentlichen Dienst manchmal mit umgerechnet 100 Dollar im Monat auskommen müssen, während die Mieten in Teheran mit denen einiger europäischer Städte konkurrieren, ist es nicht verwunderlich, dass der Iran zu einem der brisantesten Brennpunkte Westasiens geworden ist.

Diese Aufstände auf bloße wirtschaftliche Revolten zu reduzieren, wäre jedoch ein Widerspruch in sich. In manchen Fällen sogar ein konservativer Schachzug. Genau das versuchen bestimmte antiimperialistische Strömungen der Camp-Bewegung, die damit de facto zur Aufrechterhaltung der Islamischen Republik beitragen. Denn diese Mobilisierungen sind zutiefst politisch. Durch ihren Inhalt. In ihrer Form. In ihren Parolen. Sie tragen in immer expliziterer Weise die radikale Forderung nach einem Sturz des Regimes in sich. Zumal die Repression mit jedem Zyklus die soziale Wut in einen frontalen Widerstand gegen die theokratische Ordnung verwandelt.

[2] <https://fr.crimethinc.com/2026/01/07/les-protestations-en-iran-assiegees-par-les-ennemis-interieurs-et-externes-un-rapport-sur-le-soulevement-populaire-recent-1>
[Engl.: <https://de.crimethinc.com/2026/01/07/iran-an-uprising-besieged-from-within-and-without-three-perspectives>]



Der Aufstand von Januar 2025–2026, der noch größer ausfällt als die vorherigen, geht vom Basar in Teheran aus und greift rasch auf Studierende, die städtische Arbeiterklasse, Arbeiterinnen, Kleinhändlerinnen und die marginalisierten Vororte über. Innerhalb weniger Tage sind mehr als 210 Städte in 31 Provinzen betroffen. Das Regime reagiert mit einer in der modernen Geschichte des Iran beispiellosen Gewalt. Es schaltet das Internet und die Telefonnetze ab. Es bekräftigt seine Macht durch einen Repressionsapparat, der durch autoritäre Überwachungstechnologien und digitale Kontrollmodelle, die insbesondere mit China und Russland in Verbindung stehen, noch verstärkt wird. Sechs Wochen später, am 28. Februar 2026, eröffnete die amerikanisch-israelische Koalition mit einem Luftangriff eine zweite Kriegsfront gegen den Iran. Ali Khamenei, der selbst direkt für die in Iran und Syrien begangenen Verbrechen verantwortlich war, wurde bei der Bombardierung seines Komplexes durch Akteure getötet, die selbst in imperiale und völkermörderische Gewalt verwickelt waren. Dennoch scheint die Befehlskette weder vor noch nach der Bekanntgabe seines Todes desorganisiert zu sein: Teheran feuert weiterhin Raketen auf Israel ab und weitet seine Angriffe auf mehrere Golfstaaten aus, in denen sich US-Stützpunkte befinden.

Daher drängt sich eine Frage auf: Wie kann ein revolutionärer, feministischer und dekolonialer Moment, der 2022 unter dem Slogan „Frau, Leben, Freiheit“ eingeleitet wurde und einen Wandel von innen, von unten, einen „dritten Weg“ im Gegensatz sowohl zur Tyrannei als auch zur ausländischen Einmischung verkörperte, 2025 zugunsten einer autoritären Restauration und 2026 zugunsten eines imperialistischen Krieges beendet werden? Mehr noch: Wie konnte diese Restauration gleichzeitig die Form staatlicher Repression, imperialistischer Intervention und der diskursiven Vereinnahmung der Sprache der „Befreiung“ selbst annehmen, die nun von außen, durch Bomben, beschworen wird?

Das zentrale Argument dieses Artikels ist einfach, wird aber selten so formuliert: Die Niederschlagung des Aufstands vom Januar 2026 durch die Islamische Republik, bei der innerhalb

weniger Nächte Tausende Menschen ums Leben kamen, und der militärische Angriff der USA und Israels vom 28. Februar 2026 stellen weder zwei getrennte Ereignisse noch zwei gegensätzliche Formen der Gewalt dar, von denen die eine „böse“ und die andere angeblich befreiend sei. Sie bilden aufeinanderfolgende Momente desselben konterrevolutionären Prozesses. Und dieser Prozess hatte bereits vor seiner militärischen Vollendung begonnen. Schon im Vorfeld hatte sich eine politische, mediale und symbolische Konterrevolution entfaltet, die insbesondere von der nationalistischen und monarchistischen iranischen Rechten vorangetrieben wurde, vor allem innerhalb der Diaspora, die sich bemühte, Frau, Leben, Freiheit ^[3] zu neutralisieren, zu verzerren und für sich zu vereinnahmen, um sie in eine chauvinistische, autoritäre, antilinke und letztendlich militaristische und kriegsbefürwortende Agenda einzubinden.

1. Abschnitt: Von der laufenden Revolution von „Femme, Vie, Liberté“ zur kriegerischen Konterrevolution

Um die Entwicklung von 2022 bis 2026 nachzuvollziehen, muss man von einem entscheidenden Punkt ausgehen: Die Konterrevolution begann weder mit dem Massaker im Januar 2026 noch mit dem darauf folgenden Krieg. Sie hat sich zunächst im politischen, medialen und symbolischen Bereich etabliert. Der Aufstand „Frau, Leben, Freiheit“ hat nicht nur die Verschleierungspflicht in Frage gestellt oder einen staatlichen Mord angeprangert. Er hat einen revolutionären feministischen, volksnahen und dekolonialen Horizont eröffnet. Er hat eine Transformation von unten denkbar gemacht, getragen von Frauen, marginalisierten Randvölkern (insbesondere Kurden und Belutschen ^[4]), Jugendlichen, Arbeiter*innen und marginalisierten Regionen. Er hat zudem die monarchistischen und reformistischen Narrative ^[5] erschüttert, indem er die Verflechtungen zwischen Geschlechterherrschaft, Klassenverhältnissen und dem „internen Kolonialismus“ des iranischen Staates sichtbar gemacht hat.



[3] [en] <https://crimethinc.com/2023/03/08/jin-jiyang-azadi-woman-life-freedom-the-genealogy-of-a-slogan>

[4] [en] <https://fr.crimethinc.com/2025/05/19/iran-precarious-work-means-precarious-life-how-the-rajaei-port-disaster-exemplifies-the-assault-on-baluch-ethnic-minorities>

[5] [fr] <https://shs.cairn.info/revue-confluences-mediterranee-2025-3-page-105>

Genau diese Perspektive war das Ziel einer ersten konterrevolutionären Offensive. Diese wurde insbesondere von nationalistischen und monarchistischen Kreisen der Diaspora vorangetrieben. Ihre Strategie bestand darin, „Jin, Jiyan, Azadî“ seiner subversiven Bedeutung zu entleeren, um es in eine maskulinistische, zentralistische, linksfeindliche und kriegsbefürwortende Form umzugestalten. Bereits ab 2022 wurde der Slogan von Formulierungen wie „Mann, Vaterland, Wohlstand“ konkurriert. Sein feministischer, pluralistischer und antiautoritärer Inhalt wurde neutralisiert. Mehr noch: Er wurde bisweilen sogar mit der kolonialen Gewalt selbst in Einklang gebracht, wenn man ihn neben israelischen Flaggen sah oder auf den Trümmern von Gaza als symbolische Rechtfertigung für ein Völkermordprojekt geschrieben fand.

Die 2023 an der Georgetown University organisierte Versammlung ^[6], die als Versuch einer Vereinigung der iranischen Rechten im Zeichen der Zeit nach Jina präsentiert wurde, hat diese Dynamik fortgesetzt. Zwar scheiterte das Bündnis. Doch dieses Scheitern hat seine Auswirkungen nicht verhindert: Verschärfung der Spaltungen, Rückzug bestimmter progressiver Kräfte, Schwächung der 2022 aufgebauten Solidaritäten. Gleichzeitig trug die Propaganda rechter oder rechtsextremer Medien wie Manoto oder Iran International (die von sehr hohen Finanzmitteln in Höhe von etwa 250 Millionen Dollar pro Jahr profitieren) dazu bei, die radikalste Tragweite von „Frau, Leben, Freiheit“ zu entschärfen. Die Kritik an ethnischen Hierarchien, die Neudefinition von Souveränität als Gemeingut und die Forderung nach echter Gleichberechtigung wurden zugunsten einer rassistischen, zentralistischen und militarisierten Vorstellungswelt verdrängt, die oft von einer zivilisatorischen Logik im Dienste der nationalistischen Agenda und der von den Monarchisten beanspruchten Vorherrschaft getragen wird. Diese medialen Strategien verbinden monarchistische Nostalgie mit der Diskreditierung der Gegner („Träger der Islamischen Revolution von 1979“, „Komplizen der Mullahs“, „Unpatrioten“, „Feinde des Fortschritts“), während sie die Islamische Republik aufgrund ihrer Verbindungen zu China, Russland oder Venezuela mitunter als „kommunistisch“ bezeichnen, obwohl gerade die Linken zu den ersten Opfern der Unterdrückung gehörten. Sie neigen zudem dazu, zu Trägern von Kriegstreiberei zu werden, indem sie den israelischen Staat ausdrücklich unterstützen und mögliche westliche Angriffe gegen den Iran befürworten, was bereits Realität geworden ist.

Gleichzeitig wurden die Vorreiter des Aufstands systematisch ins Visier genommen. Kritische Feministinnen wurden beleidigt. Student*innen wurden unter dem Etikett „Mudschahed“ (in Anspielung auf die *Partei der Volksmudschahedin* ^[7]) diskreditiert. Kurden und Belutschen wurde „Separatismus“ vorgeworfen. Jede Forderung nach Autonomie, Pluralismus oder Selbstbestimmung der Völker wurde auf eine Bedrohung der „territorialen Integrität“ reduziert. Das Newroz-Fest in Kurdistan hat diese Logik deutlich gemacht. Was eigentlich ein massives Volksfest war, wurde von einem Teil der Eliten des Zentrums ebenso wie von den Rechtsnationalisten durch ein sicherheitspolitisches und koloniales Prisma betrachtet. Der offene Brief ^[8], der 2025 von 800 Intellektuellen des „Zentrums“ unterzeichnet und an den Staat gerichtet wurde, war ein exemplarischer Ausdruck davon ^[9]. In diesem Brief mit dem Titel „Warnung der Intellektuellen“ wird das althergebrachte kurdische Newroz-Fest in besonders derber Sprache und in offen feindseligem Ton frontal angegriffen; die Unterzeichner fordern die Islamische Republik auf, dessen Durchführung zu verhindern. Der interne Kolonialismus wurde dadurch wiederbelebt. Daraus

[6] [en] <https://www.reuters.com/world/middle-east/iran-exiled-opposition-figures-talks-unite-against-government-2023-02-10/>

[7] <https://de.wikipedia.org/wiki/Volksmudschahedin>

[8] <https://saazandegi.ir/%D9>

[9] <https://saazandegi.ir/%D9> und außerdem: <https://www.instagram.com/p/DIK7GV5iUpD/>

ergaben sich drei Auswirkungen, die durch den nach dem ersten imperialistischen Angriff Israels und der USA auf den Iran wiederbelebten Ethnonationalismus noch verstärkt wurden: die zunehmende Ausgrenzung national-ethnischer Gruppen; ihr wachsendes Misstrauen gegenüber dem (persischen und schiitischen) „Zentrum“, einschließlich dessen patriotischer Linker; und eine geringere Beteiligung dieser Gruppen am Aufstand von 2026. Gleichzeitig hat sich die ohnehin schon geschwächte Linke noch weiter zersplittert.



Der „Zwölf-Tage-Krieg“, die imperialistische Invasion Israels und der Vereinigten Staaten gegen den Iran im Juni 2025, hat diesen Umschwung beschleunigt. Er hat den Staatsnationalismus und die rassifizierende Kraft der Macht verstärkt, indem er die Anklage gegen die kurdischen und belutschischen Avantgarden unter dem Vorwand einer „unabhängigkeitsorientierten Bedrohung“ erleichterte. Die Handlungsfähigkeit der unterdrückten Völker, insbesondere der Kurden und Belutschen, wurde dabei oft pathologisiert. Ähnlich wie die frauenfeindliche Logik, die Überlebende für die erlittene Gewalt verantwortlich macht, haben einige Analysen die Mobilisierungen dieser Völker implizit als die „Provokation“ dargestellt, die zur staatlichen Repression oder zur ausländischen Intervention geführt habe. Eine politisch gefährliche und theoretisch unhaltbare Argumentation, die die Verantwortung von den Herrschaftsstrukturen auf diejenigen verlagert, die sich ihnen widersetzen. So schließt sie sich letztendlich, ohne es zu wollen, der Sichtweise der Kräfte an, die sie zu bekämpfen vorgibt. In diesem Klima ist sogar die Erinnerung an Jin, Jiyan, Azadî zu einem Schauplatz des Kampfes geworden. Ihr radikales Versprechen ist nach und nach einer militarisierten Normalität gewichen.

Ein Teil der ehemaligen „Patrioten“ trug daraufhin dazu bei, das Regime als Bollwerk gegen den äußeren Feind zu legitimieren. Der Nationalismus verschärfte sich, so wie er auch heute noch nach der Invasion vom 28. Februar 2026 besteht. Ethnische und geschlechtsspezifische Hierarchien traten deutlicher zutage. Die politischen Kosten eines persischzentrierten, rassistischen und fremdenfeindlichen Diskurses sind gesunken.

Die Kampagne gegen afghanische Migranten hat dies deutlich gezeigt. Bis hin zur Zwangsausweisung von mehr als zwei Millionen Menschen fand diese Politik sowohl auf Seiten des Regimes als auch bei Nationalisten und Monarchisten Unterstützung. In diesem Klima stießen

die summarischen Hinrichtungen von Kurden und Afghanen, denen Spionage für Israel vorgeworfen wurde, auf mehr Schweigen und weniger Widerstand. Die Entwicklung wird besonders deutlich mit der Ankündigung am 21. Februar 2026 eines Bündnisses von fünf kurdischen Parteien, das den Sturz des Regimes und das Recht Kurdistans auf Selbstbestimmung in einem demokratischen Iran zum Ziel hatte. Dieses Bündnis betonte Demokratie, Frauenrechte, Ökologie und Gleichberechtigung. Dennoch wurde sie sofort sowohl von Reza Pahlavi als auch von den regimegetreuen Medien als „separatistisch“ abgestempelt. Ein Teil der liberalen Republikaner oder Reformer schloss sich dieser Sichtweise ebenfalls an. Eine Gemeinsamkeit verbindet somit Lager, die eigentlich gegnerisch sind: die Ablehnung der Autonomie unterdrückter Völker/Nationen.

In dieser Polarisierung hat sich die Opposition nach und nach in zwei Blöcke organisiert. Auf der einen Seite steht die revolutionäre Perspektive von 2022, die sich um „Frau, Leben, Freiheit“ und die Transformation der Machtverhältnisse, der Nation und der Geschlechterrollen von unten herum strukturiert und heute gegen den Krieg eintritt. Auf der anderen Seite ein konterrevolutionärer Block der Rechten, ja sogar der extremen Rechten, der vom Pahlavismus dominiert wird, aber breiter ist als dieser, und der zentralistischen Staatsgläubigkeit, Militarismus, Kriegsbefürwortung und die Wiederherstellung der alten Ordnung vereint. Reza Pahlavi hat es verstanden, diese Konstellation auszunutzen. Zuvor verfügte er nur über eine begrenzte Basis, doch nach 2022 griff er die Forderung nach einem raschen Sturz des Regimes auf, gestützt auf den Westen, indem er eine nationalistische, linksfeindliche Linie einschlug und sich feindlich gegenüber der treibenden Rolle der Akteure des Aufstands Frau, Leben, Freiheit verhielt.



Die nationalistischen, sexistischen, homophoben, rassistischen und linksfeindlichen Parolen, die 2026 aufkamen, sind somit Ausdruck einer regelrechten konterrevolutionären Gegenbewegung ^[10]. Sie bringen die Angst zum Ausdruck, die durch die politische Macht der marginalisierten Gruppen

[10] Die Parallelen zu anderen feministischen Aufständen, wie beispielsweise „Ni Una Menos“ in Lateinamerika, sind auffällig. In beiden Fällen stießen radikale Vorstellungen von Geschlechtergerechtigkeit und kollektivem Widerstand auf Repressionen durch Strafvollzug, Militär und Ideologie. Was sich in diesen unterschiedlichen Kontexten abzeichnet, ist das, was Verónica Gago als globale Architektur des Backlashs bezeichnet: Demonstrant*innen werden kriminalisiert, Technologien der Repression zirkulieren transnational, und Krieg wird zu einem Mittel, um politisches Verlangen zu disziplinieren.

ausgelöst wurde, die das Jahr 2022 geprägt hatten, aber auch die Erschöpfung, die Ohnmacht und das Gefühl der Ausweglosigkeit angesichts der Widerstandsfähigkeit des Regimes. Nach und nach setzte sich die Vorstellung durch, dass die Initiative den reaktionären Kräften überlassen werden müsse, auch durch Krieg. Doch diese Kräfte, seien sie staatlicher Natur oder aus der Opposition stammend, sind nicht nur reaktionär. Sie sind parasitär. Sie kapern die kreative Energie der Aufstände, um sie auf nationalistische, imperiale oder restaurative Ziele umzulenken. Der Krieg hat diesen bereits eingeleiteten Prozess lediglich mit Waffengewalt vollendet. Nicht um den Iran zu befreien, sondern um die letzten Überreste des Aufschwungs von 2022 zu vernichten und von außen einen Machtwechsel durchzusetzen, der die Möglichkeiten einer autonomen Transformation durch das Volk auf lange Zeit zunichte macht.

2. Abschnitt: Die Dämonisierung der Linken

Die erste konterrevolutionäre Phase, nämlich die der vom Regime ausgeübten Unterdrückung, erschöpft noch nicht die im Iran eingeleitete Entwicklung. Um deren Logik zu erfassen, muss man noch verstehen, wie „die Linke“ nach und nach zur allumfassenden Figur des Feindes konstruiert wurde. In dieser Konstellation wird alles, was für Gleichheit, Autonomie, sprachliche und politische Pluralität, Frauenrechte, Selbstbestimmung, die Emanzipation unterdrückter Völker oder soziale Gerechtigkeit steht, auf dieselbe bedrohliche Kategorie reduziert: die Linke. Das gilt für die Islamische Republik. Das gilt auch für die Monarchisten. Und es gilt, in abgeschwächerer Form, für einen Teil der Reformisten.

Diese Dämonisierung ist nicht neu. Schon unter den Pahlavi-Diktaturen (1919–1979) wurden linke Kräfte mit Chaos, Subversion, Abhängigkeit vom Ausland oder Entwicklungsfeindlichkeit in Verbindung gebracht ^[11]. Nach 1979 setzte die Islamische Republik diese Logik fort und radikalisierte sie: Beseitigung der unabhängigen Linken (wovon die Massengräber von *Khavaran* noch heute zeugen), Massenhinrichtungen, Säuberungsaktionen, Unterdrückung in Kurdistan im Namen des „Dschihad“, Kriminalisierung von Aktivistinnen unter den Etiketten „Kommunistin“, „Atheist“, „verwestlicht“ oder „konterrevolutionär“. Da die Kurden einen wichtigen Teil der linken Kräfte im Iran ausmachten und Frauen eine aktive Rolle in linken Organisationen spielten, ging der für die Islamische Republik typische Antilinksismus stets mit einer Dämonisierung der Kurden und einer Feindseligkeit gegenüber dem Feminismus einher, wobei beide Gruppen gleichzeitig ins Visier genommen wurden.

[11] Die Linke im Iran blickt aufgrund der Nähe des Landes zur Sowjetunion und ihren Kolonien auf eine lange Tradition zurück. Während der konstitutionellen Ära wurden Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, Sozialdemokraten und von der russischen Revolution beeinflusste Gruppen rasch von konservativen religiösen Kräften, dem feudalen Adel und später vom Zentralstaat unterdrückt. In den folgenden Jahrzehnten, insbesondere nach der Gründung der Tudeh-Partei in den 1940er Jahren und der Ausweitung ihres Einflusses auf Arbeiter, Intellektuellen, Frauen und sogar der Armee, breitete sich die strukturelle Angst vor dem Kommunismus auf den gesamten Staat und den Königshof aus und gipfelte im Staatsstreich von 1953, der von den USA und Großbritannien unterstützt wurde und Premierminister Mohammad Mossadegh stürzte. Dieses Ereignis markierte einen entscheidenden Wendepunkt in der systematischen Unterdrückung der Linken im Iran.



Gleichzeitig hat sich das Regime bestimmte Diskurse der sozialen Gerechtigkeit, der palästinensischen Sache und des Antiimperialismus zu eigen gemacht, um sie besser gegen die Opposition zu wenden. Sein Antiimperialismus knüpft in keiner Weise an eine Tradition der Emanzipation an. Er dient vor allem dazu, die Gewalt im Inland zu rechtfertigen, die autoritäre Ordnung als Haltung des Widerstands darzustellen und die geschlechtsspezifische Apartheid im Namen der kulturellen Authentizität zu legitimieren. Mit anderen Worten: Eine Sprache der Befreiung hat sich in eine Technologie der Herrschaft verwandelt. In diesem Zusammenhang erscheint die offizielle Unterstützung für Palästina und die Hisbollah in den Augen eines wachsenden Teils der Gesellschaft nicht mehr als prinzipielle antikoloniale Solidarität, sondern als Instrument der ideologischen Legitimation und der regionalen Projektion des Regimes. In dem Maße, wie sich die Lebensbedingungen verschlechtern, wird diese Politik zunehmend als eine Umleitung nationaler Ressourcen zugunsten externer militaristischer Interessen umgedeutet – eine Lesart, die durch nationalistische und anti-arabische rassistische Diskurse noch verstärkt wird, die das Regime bereits während des Iran-Irak-Kriegs (1980–1988) mobilisiert hatte. „Palästina“ und „Antiimperialismus“ werden so zu einem moralischen Deckmantel für Zwang, Unterdrückung im Inland und die Beteiligung am Massaker an Zivilisten jenseits der Grenzen, unter anderem in Syrien und im Irak.

Die iranische Ausprägung dieser Aneignung weist eine Besonderheit auf. Die Begriffe Gerechtigkeit, Widerstand oder Antiimperialismus wurden dort in eine religiöse und mystische Sprache übersetzt und anschließend in eine zivilisatorische Opposition zum Westen eingebettet. Die Linke wird so zu einem doppelten Feind: wegen ihres Säkularismus, aber auch, weil sie dem Regime die Deutungshoheit über soziale Gerechtigkeit, Antiimperialismus und Palästina streitig machen kann. Der iranische Staat hat sich auf internationaler Ebene somit das Vokabular der „Achse des Widerstands“ zu eigen gemacht, während er im Inneren eine tyrannische Ordnung aufrechterhält. Was angesichts des „großen Kampfes“ gegen den Imperialismus als nebensächlich dargestellt wurde, hat in Wirklichkeit den Weg für die Festigung einer islamistischen,

patriarchalischen und autoritären Macht geordnet, die als authentisch, antikolonial und national unabhängig dargestellt wird.

Auch die Reformisten spielten bei dieser Dämonisierung eine zentrale Rolle. Als einzige Strömung aus den zugelassenen Parteien, die dauerhaft die Macht mit den Islamisten geteilt hat, verbreitete sie jahrelang eine diffusere, aber politisch entscheidende Kritik an der Linken. In ihren Zeitschriften, Leitartikeln und kulturellen Produktionen wird die Linke auf Irrationalität, Dogmatismus, Gewalt oder Abhängigkeit vom Ausland reduziert. Der von den Vereinigten Staaten unterstützte Staatsstreich von 1953 wird heruntergespielt. Ebenso wie die Unterdrückung progressiver Kräfte nach 1979. Im Namen von Stabilität, Mäßigung und Entwicklung wird jeder emanzipatorische Bruch als Katastrophe abgetan.

Gleichzeitig hat der reformistische Diskurs oft dazu beigetragen, die unteren Schichten selbst zu delegitimieren. Diese werden darin gerne als soziales Fundament des religiösen Konservatismus dargestellt, ja sogar als unwissende Masse, die für autoritäre Tendenzen empfänglich ist ^[12]. Sozioökonomische Revolten wurden somit nicht als Momente der Politisierung gelesen, sondern als Ausdruck einer angeblichen Irrationalität des Volkes. In Krisenzeiten griffen einige Reformisten sogar die Sicherheitsrhetorik der Machthaber auf, bezeichneten die Demonstrantinnen als „Terroristinnen“ und stellten ihren Forderungen die Angst vor dem „Schlimmsten“ entgegen. Der Reformismus, der nach dem Iran-Irak-Krieg als einziger realistischer Weg des Wandels durch Wahlbeteiligung, parlamentarisches Handeln und Verhandlungen „von oben“ dargestellt wurde, hat das politische Feld dauerhaft in eine enge Alternative eingeschlossen: Reform oder Zusammenbruch. Jeder Bruch wurde mit einer „Syrisierung“, mit Extremismus oder mit Verrat am nationalen Interesse gleichgesetzt. Nach fast zwei Jahrzehnten Erfahrung (1997–2017) erschien er weniger als Alternative zum Regime, sondern vielmehr als einer seiner Reproduktionsmechanismen. Der Slogan der Revolte von 2017–2018 ^[13] – „Reformisten oder Konservative, mit euch beiden ist Schluss“ – brachte seine Diskreditierung auf den Punkt.

Dennoch hält sich diese Strömung trotz ihrer Legitimitätskrise weiterhin hartnäckig, sowohl im Iran als auch in der Diaspora, insbesondere unter bestimmten nationalistischen und bisweilen auch kampfstischen Eliten. Der problematische Text von Fariba Adelkhah, der am 14. Januar 2026 ^[14] veröffentlicht wurde, nur wenige Tage nach den blutigen Nächten vom 8. und 9. Januar, fügt sich nahtlos in diese reformistische Diaspora-Grammatik ein, die unter dem Deckmantel methodologischer Vorsicht einen antiradikalen, mit anderen Worten der Linken und dem Sturz des Regimes feindlich gesinnten Rahmen bekräftigt ^[15]. Im weiteren Sinne bekräftigt er die

[12] Lesen Sie den Artikel von Yashar Darolshafa (einem linken politischen Aktivist, der in den letzten Jahren mehr als vier Jahre im iranischen Gefängnis verbracht hat) mit dem Titel „Genug mit den Scherzen! Das ist Faschismus!“ (auf Persisch) unter folgendem Link: <https://www.radiozameh.com/876428/>

[13] [en] <https://crimethinc.com/2020/10/08/iran-there-is-an-infinite-amount-of-hope-but-not-for-us-an-interview-discussing-the-pandemic-economic-crisis-repression-and-resistance-in-iran>
[de] <https://de.crimethinc.com/2020/10/08/iran-es-gibt-unendlich-viel-hoffnung-nur-nicht-fur-uns-ein-interview-uber-die-pandemie-wirtschaftskrise-repression-und-widerstand-im-iran>

[14] [fr] <https://aoc.media/analyse/2026/01/13/que-se-passe-t-il-en-iran/>

[15] Staatliche Gewalt – ein in der modernen Geschichte des Iran beispielloses Massaker, das nach den Massenmorden nicht mehr offen geleugnet werden konnte – wird dort nur am Rande anerkannt und dann ständig zugunsten von Erwägungen hinsichtlich Ordnung, Stabilität, Sicherheit und der Ablehnung von Einmischung in einen anderen Kontext gestellt. Indem dem Staat weiterhin ein gewisses „Vertrauensguthaben“ zugeschrieben wird, indem strukturell manipulierte Wahlen als „wirklich kompetitiv“ dargestellt werden, indem der institutionelle Zwang der Kopftuchpflicht insbesondere im staatlichen Bildungswesen heruntergespielt wird oder indem nach einer Woche des Blutvergießens suggeriert wird, dass „vor der Internetabschaltung die Debatte im Iran vielleicht noch nie so offen gewesen war“, trägt dieser Text zur Verharmlosung des iranischen Autoritarismus und zur Verharmlosung des politischen Bruchs bei, der die Gesellschaft mindestens seit 2017 durchzieht. Er entspringt in Wirklichkeit eher

reformistische Vorstellung, wonach eine regimeneigene Vermittlung, die es ermöglicht, „ohne Rückgriff auf Gewalt zu debattieren“, wie Adelkhah es formuliert, trotz des offensichtlichen Zusammenbruchs dieser Perspektive in den Parolen, Praktiken und Formen der Politisierung der jüngsten Aufstände weiterhin möglich sei. Indem er jede nicht-reformistische Alternative ablehnt, die Volksaufstände relativiert und im Namen der Anti-Einmischung oft mit bestimmten Lager-Sensibilitäten konvergiert, hat der Reformismus indirekt die Rehabilitierung des Monarchismus begünstigt.



Die Tatsache, dass eine solche Lesart von Adelkhah in Frankreich von bestimmten dekolonialen Camp-Vertretern oder Pseudo-Antiimperialisten verbreitet wird, offenbart eine diskursive Nähe zwischen bestimmten Camp-Strömungen und antirevolutionären reformistischen Positionen im Iran. Beide sind „*wütend auf den Imperialismus, verängstigt vor der Revolution*“, ein Ausdruck, der von einem iranischen Linken geprägt wurde, um diese Gruppe in den 1960er Jahren zu beschreiben und zu kritisieren ^[16]. Im Namen der Vorsicht, der Realpolitik oder des Kampfes gegen westliche Einmischung neigen diese Diskurse dazu, die zentrale Bedeutung der Unterdrückung zu relativieren, Volksaufstände zu delegitimieren und – direkt oder indirekt – eine Rechtfertigung für die von autoritären postkolonialen Staaten ausgeübte Gewalt zu liefern ^[17]. Es ist diese Logik, die bestimmte dekoloniale Strömungen ^[18] dazu veranlasst hat, den revolutionären Aufstand von Jina im Jahr 2022 zu beleidigen und zu demütigen, indem sie ihn als „Frau, Leben, Zionistin“ bezeichneten,

einem persönlichen Wunsch als einer getreuen Beschreibung der Situation. Siehe:

<https://aoc.media/analyse/2026/01/13/que-se-passe-t-il-en-iran/>

[16] Dieser Ausdruck wurde 1969 von Amir-Parviz Pouyan in seinem gleichnamigen polemischen Text verwendet, den er kurz nach dem Tod von Jalal Al-e Ahmad verfasste.

[17] Siehe auch diesen Text eines ehemaligen linken politischen Gefangenen aus dem Iran auf Farsi:

[fa] <https://naghd.com/2026/04/12/%d8%ac%d9%86%da%af-%d9%85%db%8c%d9%87%d9%86%db%8c-%db%8c%d8%a7-%d9%85%d8%a8%d8%a7%d8%b1%d8%b2%d9%87%db%8c-%d8%b7%d8%a8%d9%82%d8%a7%d8%aa%db%8c%d8%9f/>

[18] Siehe diesen Text: [fr] <https://adminfrustrationmagazine.fr/campisme/>

wie es bei Paroles d'Honneur (PDH) in Frankreich der Fall war ^[19]. Diese Diskreditierung hat der Rechten das Monopol auf den Radikalismus überlassen; in diesem Sinne werden diese beiden Strömungen, wenn nicht zu Verbündeten, so doch zumindest zu Komplizen des Aufstiegs der Monarchisten, deren Diaspora-Zweig heute eine Form der extremen Rechten darstellt ^[20]. Indem sie die Iran-Krise auf die Frage der Sanktionen oder der Einmischung reduzieren, führen diese camistischen Tendenzen letztendlich dazu, die Verbrechen des Regimes herunterzuspielen, zu relativieren oder gar zu beschönigen. Wenn der vom Regime gegen das eigene Volk geführte Bürgerkrieg aus der Analyse verschwindet, wird jede Anprangerung des Außenkriegs politisch unvollständig. Die Folgen sind vielfältig: die Verschließung des revolutionären Horizonts von 2022, die Isolierung der Volkskräfte und die Verlagerung des Wunsches nach einem Bruch hin zu reaktionären, ja sogar völkermordbefürwortenden Lösungen.

Die Monarchisten haben in der Diaspora diese Dämonisierung der Linken organisiert und verschärft. Mit der Unterstützung internationaler Mächte, Israels sowie einflussreicher Medien- und Finanzkreise schreiben sie die Geschichte neu, indem sie die Krisen im Iran auf die „Fitna“ von 1979 und den „Verrat der Linken“ zurückführen. Die Fehler eines Teils der Linken, insbesondere die Unterstützung der Toudeh-Partei für die Islamische Republik, dienen hier als Vorwand für eine umfassendere Operation: die Gleichsetzung von Linken und Islamischer Republik, um dann „die Linke“ zu einer Kategorie der Ausgrenzung zu machen, die jeden trifft, der sich dem Pahlavismus widersetzt. Menschenrechtsaktivistinnen, Republikanerinnen, Liberale und sogar politische Gefangene wie Narges Mohammadi können so in dieses imaginäre Lager verbannt werden. Die historische Verantwortung der Monarchie und des Westens wird dadurch ausgelöscht. Die soziale Wut wird in eine stark linksfeindliche, konterrevolutionäre Nostalgie kanalisiert.

Reformisten und Monarchisten, die oft einen neoliberalen Horizont verfolgen und wenig Toleranz für ethnisch-nationalen Pluralismus zeigen, verstärken sich in diesen Fragen somit gegenseitig und wechseln dabei mitunter vom Status potenzieller Verbündeter zu dem tatsächlicher Verbündeter. Der populäre Ausdruck „Die Linke hat es nie verstanden“, der kurz vor dem Aufstand von 2026 von beiden Lagern gemeinsam wieder stark in den Vordergrund gerückt wurde, veranschaulicht die Wirksamkeit eines diskursiven Antilinksdenkens, das in seiner Form scheinbar „sanft“ ist, in seinen politischen Auswirkungen jedoch strukturierend wirkt.

Der entscheidende Punkt ist also folgender: Reformisten, Royalisten und die Islamische Republik sind sich trotz ihrer offen zur Schau gestellten Gegensätze einig darin, die emanzipatorischen Alternativen der Linken, des Feminismus und der unterdrückten Völker zu neutralisieren. Sie alle tragen in unterschiedlichem Maße dazu bei, den Horizont zu verschließen, den „Frau, Leben, Freiheit“ eröffnet hat und der durch Slogans wie „Weder Monarchie noch Führer: Freiheit und Gleichheit“ zusammengefasst wird, die von Tausenden Menschen im Iran skandiert werden. Mit anderen Worten: Der Aufstieg der extremen Rechten beruht nicht nur auf ihrer eigenen Stärke. Er resultiert auch aus einem konterrevolutionären Versuch sowie aus einer langjährigen Arbeit der Diskreditierung des Emanzipationsstrebens. In diesem Kontext werden Frauenrechte, die Autonomie minorisierter Völker, soziale Gerechtigkeit oder politische Gleichheit zu existenziellen Risiken für die verschiedenen Formen des Autoritarismus: theokratisch, monarchisch oder reformistisch-nationalistisch. In diesem diskursiven Rahmen wird die „Linke“ zu einer übergreifenden Kategorie und zu einem Hauptgegner; daher die Interpretation des Aufstands „Frau,

[19] [fr] <https://www.youtube.com/watch?v=q7qrinHcHac>

[20] Siehe diesen Artikel über die rechtsextreme iranische Diaspora: [fr] https://www.blast-info.fr/articles/2026/un-prince-des-reseaux-une-ideologie-supremaciste-plongee-dans-la-nebuleuse-pahlavi-GleeNb8eQ7asr16_icTVeQ

Leben, Freiheit“ als eine „linke Revolution“, die als unerträglich angesehen wird und eine rechte Konterrevolution, ja, wenn nötig, sogar Krieg erfordert.



3. Abschnitt: Der Krieg als als Befreiung getarnte Konterrevolution

Die gewaltsame Niederschlagung des Aufstands „Jin, Jiyān, Azādī“ im Jahr 2022 durch die Islamische Republik hat nicht nur eine Welle feministischer, volksnaher, antiautoritärer und antikolonialer Mobilisierung zerschlagen; sie richtete sich gleichzeitig gegen die politischen Perspektiven, die diese Bewegung verkörperte. In diesem Sinne war die Niederschlagung des Aufstands auch die einer „dritten Weg“, der sowohl in seinem politischen Inhalt als auch in seiner strategischen Logik verankert war: der einer revolutionären Transformation von unten, gegen den Autoritarismus und von innen heraus, die sich weder auf die Reproduktion der theokratischen Macht noch auf den Horizont einer imperialen Intervention reduzieren lässt. Die staatliche Konterrevolution hat also nicht nur eine Dynamik des Kampfes unterbrochen; sie hat die Bedingungen des politisch Denkbaren selbst neu gestaltet und damit die Möglichkeit geschwächt, sich Freiheit jenseits der tödlichen Alternative zwischen Islamischer Republik und Imperialismus vorzustellen. Indem sie Forderungen nach Geschlechter- und Umweltgerechtigkeit, nach Demokratisierung und nach Autonomie der unterdrückten Völker zurückwies, hat die theokratische Macht eine ohnehin schon strukturelle Legitimitätskrise vertieft und den Zerfall dessen beschleunigt, was vom Gesellschaftsvertrag noch übrig war. Das Ergebnis war mehr als nur ein einfacher Bruch zwischen Staat und Gesellschaft: Es war die kollektive Fähigkeit, sich Emanzipation als einen endogenen, volksnahen und konfliktreichen Prozess vorzustellen, die beeinträchtigt wurde. Mit anderen Worten: Die staatliche Konterrevolution hat nicht nur Körper unterdrückt; sie hat den Horizont des Möglichen selbst verwischt.

Die Ereignisse vom 8. und 9. Januar 2026 verleihen dieser Abschottung durch das Regime eine fast unerträgliche Dimension. Während des letzten Massenaufstands verhängte das Regime eine fast vollständige Sperrung des Internets und der Kommunikationswege und versuchte anschließend, die Ordnung durch Isolation, Terror und Massaker wiederherzustellen. In einem einzigen Krankenhaus

in Teheran, dem Farabi-Krankenhaus, bestätigte ein renommierter Augenarzt ^[21], dass in einer einzigen Nacht Hunderte von Operationen an Demonstrant*innen durchgeführt wurden, die durch Schüsse direkt an den Augen getroffen worden waren. Die Krankenhäuser waren keine Orte der Versorgung mehr, sondern wurden zu Orten der Überwachung, der Verhaftung und manchmal des Verschwindens. Verletzte wurden ins Gefängnis gebracht. Einige wurden dort summarisch hingerichtet. Die Leichen der Getöteten wurden aufgestapelt, verstümmelt und durch die extreme Gewalt, die gegen sie ausgeübt wurde, teilweise bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Familien wurden gezwungen, in Leichenhallen nach ihren Angehörigen zu suchen, für die Rückführung der Leichen zu bezahlen oder gefälschte posthume Geständnisse zu unterzeichnen, um ihre Angehörigen bestatten zu können. Andere wurden nicht einmal über die Beerdigungen informiert, die oft im Stillen, im Morgengrauen oder mitten in der Nacht unter Sicherheitsaufsicht stattfanden. Die Zahlen ^[22] selbst – Tote, Verletzte, Vermisste, Massenverhaftungen, erzwungene Geständnisse – verdeutlichen das Ausmaß einer Gewalt, die nicht nur auf Unterdrückung abzielte, sondern darauf, die Gesellschaft nachhaltig zu terrorisieren. Der auf der Straße skandiierte Slogan „*Basij, Sepahi, ihr seid unser Daesh*“ war damit nicht mehr nur eine Floskel: Er wurde zu einer politischen Beschreibung der gelebten Erfahrung.

Diese Brutalität ist kein Zufall. Sie ist Teil einer langen Geschichte. Die Revolution von 1979, die oft als antiimperialistischer und emanzipatorischer Aufstand interpretiert wird – auch von einem Teil der westlichen und dekolonialen Intellektuellenkreise –, barg von Anfang an einen entscheidenden Widerspruch in sich. Das Ereignis wurde nicht erst im Nachhinein „verraten“; es barg bereits von vornherein die Möglichkeit seiner Umwandlung in eine Konterrevolution. Die linken Kräfte spielten dabei eine bedeutende Rolle, oft eine massivere als die der Islamisten selbst. Doch der Prozess kippte rasch in seine eigene Negation. Dieser Umschwung beschränkte sich nicht auf die Vereinnahmung der Revolution durch die islamistische Strömung. Er institutionalisierte sich im Velâyat-e Faqih als spezifische Form einer theologisch-politischen, vertikalen, zwangsausübenden und dauerhaften Macht, die Militarisierung, Autoritarismus und das Monopol der Souveränität miteinander verband.

Das Ergebnis war die Errichtung einer militärisch-theokratischen Ordnung, die auf der Unterdrückung abweichender Meinungen, der Ausschaltung der Autonomie der Bevölkerung und der Aufrechterhaltung vielgestaltiger staatlicher Gewalt beruhte. Diese Gewalt ist sexistisch, männlich-chauvinistisch und homophob; sie ist zudem rassistisch, wie die strukturell entmenschlichende Behandlung der Afghan*innen zeigt; schließlich ist sie in ihrer internen Form kolonialistisch, wenn sie sich gegen Kurden, Araber und andere nicht-persische Völker richtet, denen untergeordnete Positionen zugewiesen werden. Die ersten Ziele dieser Entwicklung waren übrigens die Linken selbst, die im Namen des Antiimperialismus oder einer falschen Einschätzung des revolutionären Moments dem Bündnis mit Khomeini zugestimmt hatten, bevor sie eliminiert, zum Schweigen gebracht, ins Exil getrieben oder massakriert wurden. Es ist daher kein Zufall, dass der kurdische Slogan „Kurdistan, Friedhof der Faschisten“, der in den 1980er Jahren von den linken Kräften getragen wurde, im Jahr 2022 in einer erweiterten Form wiederauftauchte: „Iran, Friedhof der Faschisten“.

In dem Vakuum, das durch diese lange Geschichte staatlicher Gewalt entstanden ist, haben monarchistische und rechtsgerichtete Kräfte Fuß gefasst. Der Aufstieg von Reza Pahlavi deutet

[21] [fa] <https://www.bbc.com/persian/articles/c0q490gww21o>

[22] [en] <https://www.en-hrana.org/the-crimson-winter-a-50-day-record-of-irans-2025-2026-nationwide-protests/>

nicht in erster Linie auf eine massive ideologische Hinwendung zum Monarchismus hin. Er zeigt vielmehr, dass ein Teil der Gesellschaft zu der Überzeugung gelangt ist, dass ein Bruch mit dem Regime ohne Einmischung von außen nicht mehr möglich sei. Als die Figur, die am sichtbarsten mit internationaler Unterstützung, insbesondere aus Israel, in Verbindung gebracht wurde, konnte Pahlavi für manche als der realistischste Träger einer von außen erzwungenen Befreiung erscheinen. Seine Anziehungskraft beruhte weniger auf einem positiven Wunsch nach einer Wiederherstellung der Monarchie als vielmehr auf der Vorstellung, dass er eine Möglichkeit des „Regimewechsels“ verkörperte, der durch den Krieg und die westliche Unterstützung in den Medien thematisiert wurde. Das Regime reagierte seinerseits im Januar 2026 mit einer erneuten Verschärfung seiner Sicherheitsrhetorik, indem es die Demonstrantinnen als Terroristinnen, Spion*innen und Agenten des Auslands bezeichnete und gleichzeitig neue Wellen von Hinrichtungen vorbereitete. So entstand ein Teufelskreis: In dem Maße, wie die Repression den Weg für eine interne Emanzipation versperrte, machte das dadurch entstehende politische Vakuum reaktionäre Lösungen von außen hörbarer und denkbarer, insbesondere jene, die von den Monarchisten und den mit ihnen verbundenen Medien verbreitet wurden, die in iranischen Haushalten weit verbreitet sind und über einen starken Einfluss verfügen, vor allem in Phasen des Aufstands.

Es ist wichtig anzumerken, dass sich der vorherrschende Pahlavi-Kult in der Diaspora – im Gegensatz zu den im Iran beobachteten Formen der Unterstützung für Pahlavi, die oft konjunkturell bedingt, ambivalent oder Ausdruck einer regimekritischen Haltung ohne echte ideologische Kohärenz sind – durch seinen hohen Grad an ideologischer Organisation und, in seinen hegemonialen Fraktionen, durch ausgeprägte Affinitäten zu rechtsextremen Ideologien auszeichnet. Dies ist nicht auf bloßen Opportunismus zurückzuführen, sondern auf eine stärker strukturierte Anlehnung an ein autoritäres Projekt der nationalen Rezentralisierung, das von einer imperialweißen Ordnung und einer rassistischen sowie islamfeindlichen Vorstellungswelt genährt wird, ebenso wie von transnationalen Verbindungen zu verschiedenen radikalen rechten Strömungen. In diesem Rahmen geht die Unterstützung Israels über die Außenpolitik hinaus und wird zu einem Identitäts- und Zivilisationsmerkmal. Diese Konstellation ist Teil eines „fehlgeleiteten Nationalismus“^[23], in dem der Islam als fremde Verfälschung eines vermeintlich reinen iranischen Wesens konstruiert wird und in dem der „Araber“ zur rassifizierten Figur wird, auf die der Niedergang des Iran und das Trauma der Konterrevolution von 1979 projiziert werden. Es ist dieses Schema, das es ermöglicht, die palästinensische Sache zu diskreditieren, indem man sie auf eine Ausweitung der Politik Teherans reduziert, die koloniale Gewalt Israels unsichtbar zu machen oder gar zu beschönigen und die Rollen von Opfern und Tätern zu vertauschen. Israel wird so zum Symbol des Westens, der Moderne und des Nicht-Arabischen erhoben, während die Linke, die Kurden, Migrant*innen, Feministinnen, der Islam und das Arabische als Feinde der Ordnung, der Entwicklung und der territorialen Integrität bezeichnet werden. Dies geht so weit, dass weit verbreitete Parolen wie „*Tod den drei Korrupten: Linker, Mullah, Mudschahed*“ wiederholt werden. Daraus ergibt sich eine Politik der systematischen Diskreditierung (oder gar Eliminierung) abweichender Stimmen, denen gerne Verrat oder Komplizenschaft mit der Islamischen Republik vorgeworfen wird, selbst wenn sie sich ausdrücklich gegen das Regime stellen. Der Pahlavi-Kult in der Diaspora erscheint somit als ein Geflecht aus militarisiertem Nationalismus, Islamfeindlichkeit, Anti-Egalitarismus und der Schönfärbung der Gewalt Israels und der USA.

[23] [en] <https://www.jadaliyya.com/Details/46906>



Die militärische Eskalation Israels und der USA gegen den Iran in den Jahren 2025 und 2026 muss in diesem Kontext verstanden werden, in dem ein besonders gefährliches politisches und emotionales Terrain entstanden ist. In dem Maße, wie sich die Wege der Reform, der Anerkennung und der Teilhabe verschlossen, verlagerte sich für manche die Vorstellung von Freiheit hin zur Erwartung eines von außen kommenden Umbruchs. Der Krieg, der einst als Zerstörung und als Antithese zur Emanzipation gedacht wurde, begann fortan in bestimmten Kreisen nicht als Selbstzweck, sondern als Unterfangen zur „Befreiung“ des Iran zu erscheinen, als denkbares Mittel, ein Regime zu entmachten, das sich in grenzenloser Gewalt verschanzt hatte. Diese Verschiebung darf nicht als bloße Zustimmung der iranischen Bevölkerung zum Militarismus gelesen werden. Sie offenbart vielmehr einen tiefgreifenden Wandel der politischen Subjektivität, für den die Islamische Republik neben anderen Kräften eine große Verantwortung trägt, insbesondere den Monarchisten, die dazu beigetragen haben, die Idee des „Krieges als Mittel zur Befreiung“ zu normalisieren – eine Idee, die von den iranischen Mainstream-Medien der Diaspora, die oft pro-westlich und pro-israelisch ausgerichtet sind, massiv verbreitet wurde. Einerseits hat das Regime durch jahrzehntelange Unterdrückung – und noch mehr durch seine gnadenlose Reaktion auf die Aufstände von 2022 und dann im Januar 2026 – nicht nur den Horizont für Reformen versperrt; es hat auch die Grenzen zwischen Zerstörung und Befreiung, zwischen Vernichtung und Rettung verwischt. Andererseits versuchte die royalistische Strömung nach den Massakern vom Januar 2026, den Aufruf zu einer amerikanisch-israelischen Militärintervention als Ausdruck eines „nationalen Willens“ darzustellen, und ging sogar so weit, diese Offensive nach der Invasion vom 28. Februar als „humanitären Krieg“ zu bezeichnen. Damit hat sie sich in einen offensichtlichen Widerspruch verstrickt: sich auf die Verteidigung der territorialen Integrität zu berufen – während sie die Linke und die ethnonationalen Minderheiten als „unpatriotische Verräter“ bezeichnet – und gleichzeitig einen Angriff von außen herbeizuwünschen, der genau diese Integrität massiv bedrohen würde. Eine solche Haltung, zu der noch die Banalisierung der Toten als bloßer „Kollateralschaden“ hinzukommt, entspringt einem rechten Pragmatismus, der letztlich alle Mittel legitimiert. Auf diese

Weise wird Gewalt moralisiert und emotionalisiert, auf Kosten der Entmachtung der Subjekte hinsichtlich ihrer Selbstbestimmungsrechte ^[24].



Wir haben es also nicht mit einer einzigen Ursache zu tun, sondern mit dem Zusammenspiel zweier Dynamiken: staatlicher Gewalt und der ideologischen Arbeit der Medien. In diesem Zusammenhang erscheint der Krieg für einen Teil der Öffentlichkeit nicht mehr nur als Zerstörung oder als das absolute Gegenteil von Freiheit; er kann auch als möglicher Ausweg aus der politischen Sackgasse wahrgenommen werden. Diese Verschiebung darf jedoch nicht als bloße Zustimmung der Gesellschaft zum Militarismus interpretiert werden. Sie offenbart einen tieferen Wandel der politischen Vorstellungswelt und des Horizonts des Möglichen. Dieser Wandel muss in einen größeren historischen Zusammenhang gestellt werden: den des Aufstiegs des Neofaschismus, der Banalisierung von Gewalt und der Etablierung eines regelrechten „Kriegsregimes“ auf globaler Ebene. In einem solchen Kontext ist Krieg nicht mehr nur eine militärische Tatsache: Er wird zu einer politischen Grammatik. Er verwischt die Grenze zwischen Befreiung und Zerstörung, eignet sich die Sprache der Freiheit an und präsentiert die ausländische Intervention als Rettung, Stabilität oder Übergang. Diese Situation zu kritisieren bedeutet daher nicht nur, die Islamische Republik zu verurteilen, noch bedeutet es lediglich, die Propaganda der kriegstreiberischen Medien anzuprangern. Es geht darum, den Zusammenhang zwischen diesen beiden Ebenen zu verstehen: auf der einen Seite eine autoritäre Macht, die durch Unterdrückung und politische Abschottung die Gesellschaft in die Erschöpfung und in eine Sackgasse treibt; andererseits Medien- und Ideologieapparate, die durch die riesigen Budgets des Imperialismus gestützt werden und diese Erschöpfung in die Sprache des Krieges, der Intervention und der autoritären Wiederherstellung übersetzen, bis sie deren Logik normalisieren.

Wenn Netanjahu sich auf die iranische Freiheit beruft, während er Bomben abwirft, instrumentalisiert er nicht nur eine emanzipatorische Sprache: Er entleert „Frau, Leben, Freiheit“

[24] [fr] <https://aoc.media/opinion/2026/04/12/iran-apories-de-la-survie-et-de-lautonomie-dans-le-regime-de-guerre/>

seines feministischen, volksnahen und antikolonialen Inhalts, um es in eine imperiale Grammatik einzubetten. Diese Vereinnahmung wurde übrigens durch das Schweigen, ja sogar die Komplizenschaft eines Teils der westlichen liberalen Feministinnen erleichtert, die zwar schnell bereit sind, sich mit den Iranerinnen gegen die Verschleierungspflicht zu solidarisieren, aber weit weniger geneigt sind, den Völkermord in Gaza und die koloniale Herrschaft Israels anzuerkennen. Denn diese Strömung betrachtet die Verteidigung Palästinas nach wie vor durch eine rassistische und arabischen- sowie muslimfeindliche Brille und hält sich von jedem radikalen antikolonialen Horizont fern, sobald dieser den Muslimen und arabischen Völkern zugutekommen oder den Westen in Frage stellen könnte.

Nichts davon ist wirklich neu. Die imperialen Mächte haben sich oft auf die Sprache der Frauenrechte, der Demokratie oder des Minderheitenschutzes berufen, um ihre Interventionen zu legitimieren, sei es im Irak oder in Afghanistan ^[25]. Was die Ereignisse im Iran hier unterscheidet, ist das Ausmaß, in dem ein solcher Diskurs in einer von innen heraus zerrütteten Gesellschaft Anklang finden konnte. Es handelt sich dabei nicht im eigentlichen Sinne um eine Unterstützung des Krieges durch die Bevölkerung. Vielmehr ist dies ein Symptom für eine historische Erschöpfung, für politische Entmachtung und für die systematische Zerstörung innerstaatlicher Alternativen.

Es muss jedoch ein entscheidender Punkt hinzugefügt werden: Der Krieg ist nicht in einem politischen oder wirtschaftlichen Vakuum entstanden. Er wurde seit langem durch die Zwangsarchitektur der – vor allem US-amerikanischen – Sanktionen vorbereitet, die nicht bloß einen diplomatischen Hintergrund bilden, sondern eine der Methoden darstellen, mit denen der Imperialismus die Verwundbarkeit der von ihm ins Visier genommenen Gesellschaften organisiert, wie es im Irak der Fall war. Im Iran haben die Sanktionen nicht nur die Bevölkerung verarmt, die Inflation verschärft, die Lebensgrundlagen zerstört und die kollektiven Widerstandsfähigkeiten geschwächt; sie haben auch dazu beigetragen, die Voraussetzungen für eine militärische Eskalation selbst zu schaffen. Indem sie das Land dauerhaft in eine Belagerungswirtschaft versetzten, haben sie die Vorstellung einer permanenten Ausnahme normalisiert, die rentenorientierten und sicherheitsorientierten Fraktionen des Staates gestärkt, die Kosten der Krise auf die unteren Schichten abgewälzt und dem Regime eine bequeme Sprache zur Neuordnung seiner Herrschaft geliefert ^[26]. Gleichzeitig haben sie jedoch auch den ideologischen und materiellen Boden für den Krieg bereitet: Eine erschöpfte, in prekäre Verhältnisse gedrängte, zersplitterte und auf das bloße Überleben fixierte Gesellschaft ist anfälliger für die Logik einer externen Militarisierung. Sanktionen erweisen sich dann als das, was sie oft sind: keine Alternative zum Krieg, sondern eine seiner vorbereitenden Formen, ein Instrument imperialen Drucks, das die Möglichkeiten innerer Emanzipation schwächt und gleichzeitig in den Augen einiger die Vorstellung plausibler macht, dass ohne Intervention kein Ausweg mehr denkbar sei. In diesem Sinne beginnt die Verantwortung der Vereinigten Staaten (und, in anderer Form, die Israels) nicht erst mit den Bombardements: Sie ist auch Teil dieses langwierigen Prozesses der Erstickung, der sozialen Desorganisation und des Krieges als einzigen Ausweg.

Mit anderen Worten: Die politische und soziale Erschöpfung, die es einem Teil der Bevölkerung denkbar macht, auf einen Bruch von außen zu setzen, ist nicht das Ergebnis einer einzigen Ursache. Sie ergibt sich aus dem Zusammenspiel zwischen imperialer Gewalt – deren Sanktionen eine Ausprägungsform darstellen – und der autoritären Abschottung, die das Regime selbst auferlegt.

[25] Wie Forscherinnen wie Lila Abu-Lughod und Mahmood Mamdani gezeigt haben.

[26] Siehe zum Beispiel diesen Artikel:

[fr] <https://www.contretemps.eu/liran-en-revolte-neoliberalisation-sanctions-repression/>

Die entscheidende Frage ist daher nicht, diese Verschiebung zu moralisieren, sondern ihre Bedingungen zu verstehen: Welche Art von Regime treibt einen Teil seiner eigenen Bürger*innen dazu, zu glauben, dass die Bomben eines äußeren Angreifers weniger unerträglich sein könnten als die Fortsetzung der inneren Herrschaft? Wie lässt sich erklären, dass sich dieser Gedanke, so falsch er auch sein mag, in diesem Maße normalisieren und als gefahrlos darstellen kann, während seine Folgen erst dann kollektiv und zu einem erheblichen Preis getragen werden, wenn es bereits zu spät ist?

Die Verantwortung der Islamischen Republik ist hier entscheidend. Indem sie jegliche Rechenschaftspflicht nach 2022 verweigert, abweichende Meinungen kriminalisiert, den zivilgesellschaftlichen Raum einschränkt und jede Forderung nach Gerechtigkeit als ausländische Unterwanderung interpretiert, hat sie nicht nur die Voraussetzungen für einen internen Wandel zerstört; sie hat auch den Boden bereitet, auf dem sich die imperialen Mächte als Befreier präsentieren konnten. Dies umso mehr, als es im Iran ein starkes nationalistisches Gefühl gibt, das die Royalisten zu ihrem Vorteil für sich zu nutzen versuchen, während das Regime aufgrund des tiefen Misstrauens, das es selbst hervorgerufen hat, nicht mehr in der Lage ist, es zu mobilisieren.

Das bedeutet jedoch nicht, dass man Israel und die Islamische Republik auf eine Stufe stellen sollte. Eine solche Symmetrie wäre politisch und analytisch falsch. Israel bleibt der wichtigste externe Aggressor: ein von den Vereinigten Staaten und dem Westen unterstützter Siedlungskolonialstaat, der in Gaza Völkermord begeht, das Westjordanland besetzt hält und ein umfassenderes Projekt der militarisierten regionalen Vorherrschaft verfolgt. Die Islamische Republik ist nicht die Architektin dieser imperialen Ordnung; sie ist vielmehr eines ihrer Ziele, insbesondere durch Sanktionen, bleibt aber gleichzeitig ein autoritäres, patriarchalisches Regime, das selbst tief in die regionale Militarisierung verwickelt ist, insbesondere in Syrien und im Irak. Die beiden Mächte sind also nicht symmetrisch. Aber sie sind miteinander verflochten. Jede nutzt den Krieg, um ihre eigene Krise zu bewältigen: Israel durch die Auslagerung von Gewalt, die Islamische Republik durch die Beschwörung einer äußeren Bedrohung, um die Unterdrückung im Inland zu rechtfertigen. Beide greifen zudem auf den Begriff der „Verteidigung“ zurück, um Maßnahmen zu legitimieren, die weit über den defensiven Rahmen hinausgehen: einerseits die iranische Militärintervention in Syrien im Namen der nationalen Sicherheit; andererseits die israelischen Luftangriffe auf iranische Nuklearanlagen. Diese Verwechslung von Verteidigung und Angriff zeigt sich auch in den Doktrinen des Präventivkrieges, die auf einer weit gefassten Definition der „unmittelbaren“ Bedrohung beruhen, wie Amir Kianpour in einem aktuellen Artikel ^[27] hervorhebt. Diese Verschiebung ist nicht nur doktrinärer oder strategischer Natur: Sie führt auch zu einer Transformation der Kategorien, durch die Gewalt benannt, gedacht und verständlich gemacht wird.

Genau in diesem asymmetrischen Zusammenhang ist die jüngste Entwicklung im Iran zu sehen. Zwar hat die 2022 ausgebrochene Revolution die Legitimität der Islamischen Republik tiefgreifend untergraben, doch gelang es dem Regime, sich nach dem 7. Oktober 2023 teilweise wieder zu erholen, und noch deutlicher nach dem ersten amerikanisch-israelischen Angriff im Juni 2025 ^[28]. Das Massaker vom Januar 2026 hat zwar erneut eine akute Legitimitätskrise ausgelöst. Doch wenige Wochen später vertiefte eine neue Offensive unter Führung des israelischen Kolonial- und Siedlungsstaates und der imperialen Vereinigten Staaten die konterrevolutionäre Entwicklung, indem sie die gleiche Maschinerie imperialer Gewalt und die gleiche koloniale Logik, die bereits in

[27] [fr] <https://aoc.media/opinion/2026/04/12/iran-apories-de-la-survie-et-de-lautonomie-dans-le-regime-de-guerre/>

[28] [en] <https://fr.crimethinc.com/2025/06/23/women-life-freedom-against-the-war-a-statement-against-genocidal-israel-and-the-repressive-islamic-republic>

Gaza, im Libanon und anderswo in Westasien entfesselt worden waren, auf den Iran ausweitete. Die unter falschen Vorwänden im Rahmen dieses Krieges durchgeführten Bombardements haben Schulen (allein in Minab im südlichen Belutschistan des Iran, wo 168 Schüler getötet wurden), Krankenhäuser und zivile Infrastruktur zerstört, wodurch die Zahl der Kriegsverbrechen vervielfacht und Hunderte von Menschen getötet wurden. Dennoch hat er dem Regime auch einen Teil der Legitimität zurückgegeben, die es verloren hatte, insbesondere auf internationaler Ebene und bei bestimmten Teilen der weltweiten Linken. Es kam sogar vor, dass diese Linke dem Massaker an den Iraner*innen durch das imperialistische Feuer mehr Gewicht beimaß als ihrem Massaker durch die Kugeln des Regimes selbst. Diese Verschiebung ist keineswegs harmlos. Sie trägt, wenn auch indirekt, zur Wiederherstellung der Macht bei. Wie Khomeini während des Iran-Irak-Krieges wiederholt hatte: „Der Krieg ist ein Segen für die Islamische Republik Iran“ – nicht nur ein Mittel zur Disziplinierung und Erhaltung, sondern auch eine politische Ressource, um den Zusammenhalt wiederherzustellen, Dissens zu unterdrücken und die Legitimität des Regimes in der militarisierten Krise wiederherzustellen.

Der Krieg gegen den Iran im Jahr 2026 ist daher nicht als Bruch mit der Konterrevolution zu verstehen, sondern als deren militärische Vollendung. Er führt nicht automatisch zum Sturz des Regimes. Im Gegenteil, er kann die Zerstörung verlängern, den Staatsnationalismus stärken und den Raum für einen autonomen Wandel durch das Volk noch weiter einschränken. Er hat zudem zu einer spektakulären Stärkung des Ethnonationalismus und des internen politischen Zusammenhalts geführt: Die rasche Bestätigung von Mojtaba Khamenei als neuem Obersten Führer ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür. Ein Regime, das sich als republikanisch bezeichnet, ohne es jemals vollständig gewesen zu sein, offenbart so offener seine monarchische Natur: Die Macht geht vom Vater auf den Sohn über. Und das ohne nennenswerte politische Kosten für seine Fortführung. Innere Repression und Krieg im Ausland haben sich somit gegenseitig verstärkt. Das Regime geht aus dieser Phase militärisch geschwächt, aber politisch gefestigt hervor. In diesem Sinne hat es sein eigenes Überleben verlängert. Während nach dem Massaker im Januar 2026 sein Sturz kurzfristig noch plausibel erschien, hat es sich nun einige weitere Jahre der Konsolidierung gesichert. Dies ist eines der brutalsten Paradoxa dieser Phase: Durch den Krieg und dessen mediale Berichterstattung haben die imperialistischen Mächte den sogenannten „antiimperialistischen“ Regimes zusätzliche Legitimität und damit mehr Zeit für ihre politische Reproduktion verschafft. Unter diesen Umständen schwindet die Zivilgesellschaft weiter, die Opposition wird noch stärker kriminalisiert, die Welle von Hinrichtungen, die sich gegen die im Januar 2026 festgenommenen Demonstrant*innen richtet, beschleunigt sich mitten im Krieg, und jeder emanzipatorische Ausweg wird immer schwerer zu finden. Die Repression hat bereits zugenommen. Mehreren Zeugen zufolge erinnert die Atmosphäre sowohl an die ersten Jahre der Revolution als auch an das blutige Jahrzehnt des Iran-Irak-Kriegs, als das Regime unter dem Deckmantel des Kriegszustands die Opposition, insbesondere die Linke, massenhaft massakrierte, während die allgegenwärtigen Basij ohne Zurückhaltung das Feuer auf die Bevölkerung eröffneten.

Seit einem halben Jahrhundert werden die Ressourcen eines reichen Landes von der sozialen Reproduktion auf militärische Prioritäten umgeleitet, und die unteren Bevölkerungsschichten zahlen dafür den Preis. Der jüngste Krieg hat diese Logik nur noch verschärft: Mindestens zwei Millionen Menschen sollen ihren Arbeitsplatz verloren haben, die Inflation wird sich verschärfen, und ein großer Teil der Beschäftigten im privaten Sektor wurde in unbezahlten Zwangsurlaub geschickt. Eine Arbeitskraft, die ohnehin schon zu den billigsten der Welt zählt, wird so weiter abgewertet, zugunsten einer schnelleren Akkumulation und verstärkter Ausbeutung. Hinzu kommen der

anhaltende Internetausfall und die ungleiche Verteilung des Internetzugangs, die Lebensgrundlagen zerstören und gleichzeitig politische Entmachtung bewirken, indem sie der Gesellschaft Informationen, Interaktion und Sichtbarkeit ihrer eigenen Erfahrungen vorenthalten. Die Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen vervollständigt dieses System: Kontrollpunkte, diffuse Angst, die Allgegenwart einer fanatisierten extremen Rechten, Verhaftungen im Zusammenhang mit dem Zugang zu ungefiltertem Internet und die Zurückhaltung der Leichen hingerichteter Aktivisten. Was sich hier verdichtet, ist nicht nur die Auswirkung eines Krieges, sondern ein und dasselbe Regime der Militarisierung, der Ausbeutung, der Informationserstickung und des politischen Terrors.

In diesem Sinne wirkt der Krieg hier als konterrevolutionäre Kraft. Er zügelt die Hoffnung, schränkt die politische Vorstellungskraft ein und setzt patriarchalische, nationalistische und staatliche Ordnungsformen wieder durch – entgegen dem pluralistischen, feministischen und subalternen Horizont, den Jin, Jiyan, Azadî eröffnet haben. Die politische Herausforderung ist daher eine doppelte: den Imperialismus als militärische Aggression und als diskursives Unterfangen zur Vereinnahmung der Sprache der Freiheit zu bekämpfen; gleichzeitig die internen autoritären Strukturen zu demontieren, die diese Vereinnahmung plausibel machen. Eine Antikriegspolitik, die der iranischen Gegenwart gerecht wird, kann daher nur gleichzeitig antiimperialistisch und antiautoritär sein. Sie muss die falsche Wahl zwischen Bomben und Massaker, zwischen Verwüstung und Gefängnissen, zwischen ausländischer Intervention und innerer Repression ablehnen. Mit anderen Worten: den revolutionären Inhalt von „Jin, Jiyan, Azadî“ als lebendigen Horizont wiederfinden, gegen alle Kräfte, die auch heute noch versuchen, Zerstörung als Rettung auszugeben.

Folgt man dieser Logik im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse, so erscheinen das Massaker im Januar und der jüngste Krieg nicht mehr als zwei getrennte Ereignisse: Sie stellen zwei Phasen desselben konterrevolutionären Prozesses dar, der darauf abzielt, den Horizont zu verschließen, der 2022 durch den revolutionären Aufstand von „Jin, Jiyan, Azadî“ eröffnet wurde. Zwischen diese beiden Phasen schob sich der Versuch der rechten und monarchistischen Kräfte der Opposition, den Aufstand von Jina in einem rechtsgerichteten Sinne für sich zu vereinnahmen. In diesen drei Momenten ist nicht nur die Macht oder ihre Gegner das Ziel, sondern die Möglichkeit einer emanzipatorischen Transformation von innen und von unten selbst: die einer Volksrevolution, mit anderen Worten, dieses dritten Weges, der durch den Aufstand von Jina im Jahr 2022 mit Nachdruck eröffnet wurde.

Schlusswort

Der Iran lässt sich nur durch die Gegenüberstellung zweier Perspektiven verstehen. Der erste, der von „Frau, Leben, Freiheit“ eröffnet wurde, ist ein emanzipatorischer Horizont, der auf sozialer Gerechtigkeit, Pluralität und Transformation von unten basiert. Er repräsentiert heute einen Antikriegsblock, aber auch eine politische Kraft, die Parolen wie „Weder Islamische Republik noch Monarchie“ vertritt, also die Bekräftigung eines dritten Weges in einem Kontext starker Polarisierung. Der zweite ist ein konterrevolutionärer Horizont, der verschiedene Formen annimmt – theokratisch, reformistisch, monarchistisch, lagerbezogen, militarisiert oder imperial –, aber in der Ablehnung dieser Möglichkeit zusammenläuft. Die autoritäre Restauration beruht nicht allein auf Repression. Sie funktioniert auch durch die Aneignung von Symbolen, die Dämonisierung linker Alternativen, die Erfindung innerer Feinde, die Erschöpfung der demokratischen Vorstellungskraft

und die Legitimierung des Krieges als Lösung für die Krise. Nach 2022 und noch mehr nach Januar 2026 haben die Erschöpfung, die Desillusionierung und die angesammelten Erinnerungen an die Ereignisse von 2009, 2017 und 2019 sowohl der Islamischen Republik als auch bestimmten Teilen der Exilopposition ermöglicht, staatszentrierte Logiken – seien sie theokratischer oder nationalistischer Natur – zu bekräftigen und eine revolutionäre Öffnung innerhalb der vertrauten Rahmenbedingungen von Sicherheit, Männlichkeit und Ethnonationalismus einzudämmen.

Doch gerade die Brutalität dieser Konterrevolution hat indirekt auch die Kraft dessen offenbart, was sie zu zerschlagen suchte. Hinter der unerbittlichen Repression, hinter dem Rechtsruck in der öffentlichen Debatte, hinter der Militarisierung im In- und Ausland lässt sich noch immer die beharrliche Spur einer unterbrochenen Revolution erahnen. In diesem Sinne bedeutete die Unterdrückung von Jin, Jiyan, Azadî nicht das Ende der Bewegung; sie zeugte vielmehr von ihrer Tiefe. Sie hat die Verflechtung von Geschlecht, Klasse, Rasse und Territorium in der autoritären iranischen Ordnung sichtbar gemacht und gleichzeitig einen Horizont vielfältiger Solidaritäten eröffnet, der die Gegenwart weiterhin prägt, auch nach dem imperialistischen Krieg von 2026. So war in jedem Moment nicht nur eine Opposition oder eine Bevölkerung das Ziel. Es war die Möglichkeit selbst eines Iran, der auf Gleichheit, Autonomie, Pluralität und sozialer Gerechtigkeit gründet.

Eine Einmischung von außen beendet die Revolution nicht; sie macht sie zunichte. Dabei muss man jedoch zwischen der amerikanischen und der israelischen Logik unterscheiden. Washington will weder einen freien Iran noch – im Prinzip – einen Iran, der einem unkontrollierbaren Bürgerkrieg ausgeliefert ist; es will einen neutralisierten Iran: militärisch geschwächt, politisch diszipliniert, aber ausreichend stabilisiert, um in der regionalen Ordnung wieder regierbar zu werden, den Kapital- und Energiefluss nicht mehr zu stören und kein Risikofaktor für das Öl mehr zu sein. Deshalb widerspricht die dauerhafte Zersplitterung des Landes teilweise auch der amerikanischen Logik: Sie verteuert die Kosten, bringt die Märkte aus dem Gleichgewicht und macht den Ausgang weniger kontrollierbar. Washingtons Unentschlossenheit in Bezug auf den „Regimewechsel“, die wiederkehrende Suche nach einem Ausweg und die Sensibilität gegenüber den Energiepreisen deuten in diese Richtung. Die israelische Logik ist eine andere: Es geht weniger darum, den Iran zu stabilisieren, als ihn dauerhaft zu schwächen, bis über das Regime hinaus keine strategischen Kapazitäten mehr bestehen, die wieder zu einer Bedrohung werden könnten. Der syrische Präzedenzfall ist aufschlussreich: Nach dem Sturz Assads hat Israel einen Großteil der syrischen Militärkapazitäten zerstört und sich für ein „schwaches Syrien“ ausgesprochen; auch heute noch zielt seine Doktrin auf einen langwierigen Krieg ab, der aus Pufferzonen, Zermürbung und permanenter Schwächung besteht. Der weitere Verlauf des Krieges wird also zeigen, welche Linie sich durchsetzt (die einer imperialen Stabilisierung nach amerikanischem Vorbild oder die einer von Israel vorangetriebenen strategischen Zerstörung) und inwieweit sich Washington in diese zweite Logik hineinziehen lässt. Diese Annäherung war übrigens keineswegs selbstverständlich: Das israelische Kriegsprojekt stieß lange Zeit auf Vorbehalte in Washington und fand erst unter Trump seine volle Entfaltung.

Die demokratische Zukunft des Iran hängt daher von einer entscheidenden Voraussetzung ab: der Wahrung der politischen Autonomie der Volkskämpfe. Dies setzt voraus, dass man gleichzeitig die von den imperialistischen Mächten aufgezwungene Kriegslogik ebenso ablehnt wie die Islamische Republik, die Wiederherstellung der Monarchie und den Reformismus, der mit der Verengung des Horizonts einhergeht. Mit anderen Worten: Man muss gleichzeitig die Bomben, das Massaker, die

Hinrichtung und die falschen Alternativen ablehnen. Denn nur aus diesem fragilen, belagerten, aber immer noch lebendigen Raum heraus kann der durch „Frau, Leben, Freiheit“ eröffnete Horizont neu formuliert werden.

Somayeh Rostampour